

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/78

24. April 1974

Arbeitnehmer stoppen die Reaktion

Breite Front gegen reformfeindliche Rückwärtsentwicklung

Von Gerd Muhr

Stellv. Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Seite 1 und 2 / 62 Zeilen

Ein Leben der Pflichterfüllung

Zum Tode des Österreichischen Bundespräsidenten
Franz Jonas

Seite 3 / 46 Zeilen

Information erleichtert die Integration

Hilfestellung für die ausländischen Arbeitnehmer

Von Dr. Horst Schmidt MdL

Hessischer Sozialminister

Seite 4 und 5 / 57 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 50 37 - 38

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg

Walter Str. 10 - 112 Telefon: 37 23 11

Arbeitnehmer stoppen die Reaktion

Breite Front gegen reformfeindliche Rückwärtsentwicklung

Von Gerd Muhr

Stellv. Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat in seinem Grundsatzprogramm ein eindeutiges Bekenntnis zur Demokratie abgelegt mit den Worten: "Freie und unabhängige Gewerkschaften können nur in der Demokratie bestehen und wirken. Sie verteidigen - die Geschichte beweist es - in der Demokratie ihre eigene Lebensgrundlage." Zugleich haben die Gewerkschaften aus den leidvollen Erfahrungen in der Zeit der Hitler-Diktatur die Lehre gezogen, daß sie sich rechtzeitig mit Entschiedenheit gegen alle totalitären und reaktionären Bestrebungen zur Wehr setzen müssen, damit die Demokratie gesichert bleibt.

Tatsache ist, daß Freiheit, Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit immer gefährdet sind. Diese Werte müssen daher stets verteidigt und im Bewußtsein gerade unseres Volkes wach gehalten werden. Auch die Schreckensherrschaft der Nazis ist schließlich nicht über Nacht entstanden. Ihre Wurzeln reichen weit in die deutsche Geschichte zurück. Vor allem aber wurde diese Herrschaft vorbereitet durch ein sich immer stärker ausbreitendes antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik.

Mit großer Sorge muß nun festgestellt werden, daß ein solches antidemokratisches Denken auch heute wieder um sich greift. Wenn der Bundeskanzler wegen seiner Versöhnungspolitik mit den Völkern im Osten in der Schlagzeile einer rechtsradikalen Zeitung angespöbelt werden kann, daß er kommunistische Mörder finanziert, wenn sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag aus den Bänken der Opposition zugerufen wird, daß sie ins KZ gehören, wenn ein gewinnsüchtiger Verleger zur Anpreisung einer sogenannten Dokumentationsserie von allen Kiosken Hakenkreuzfähnchen flattern lassen möchte und wenn ein Irrer in Nürnberg wieder einen paramilitärischen Trupp nach dem Muster der SA ausbilden kann, dann sollten wir das nicht mehr als bedeutungslose Randerscheinungen abtun. Wehret den Anfängen!

Dieser Grundsatz wurde nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft aufgestellt und diesen Grundsatz dürfen wir niemals in Vergessenheit geraten lassen.

Bezeichnend ist doch, daß - kaum stehen wir einmal vor wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten - bereits wieder der Ruf nach dem starken Mann ertönt. Hinter der gehässigen Kritik, die sich gegenwärtig gegen einen so aufrechten und loyalen Demokraten wie den Bundeskanzler Willy Brandt richtet, scheint mir geschickt gesteuert die Sehnsucht nach einem neuen Führer geweckt zu werden. Die sogenannte "Nostalgiewelle", auf der wir gegenwärtig schwimmen, ist politisch eine sehr gefährliche Erscheinung. Sie verklärt in verlogener Weise die Vergangenheit. Sie ist rückwärts gewandt und reformfeindlich.

Die Auswirkung ist, daß alle Ansätze zu dringend notwendigen gesellschaftspolitischen Reformen in der Öffentlichkeit immer mehr diffamiert werden. Die Forderung nach gleichberechtigter Mitbestimmung der Arbeitnehmer wird als "Gewerkschaftsstaat" verteufelt. Die angestrebte Bildungsreform wird in erschreckendem Ausmaß mit einer Verweigerung der Lehrlingsausbildung beantwortet. Überall wird versucht, überlebte Herrschaftsstrukturen in Wirtschaft und Gesellschaft wieder zu verfestigen.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften, die als erste nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches zugepackt haben, um die Existenz unseres Volkes zu sichern, und die als erste Grundlagen für eine erneuerte Demokratie legten, werden einer solchen Entwicklung nicht tatenlos zusehen. Sie haben ihren entscheidenden Beitrag zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unserer Bundesrepublik geleistet, weil sie ein neues demokratisches Deutschland mit gleichen Rechten und Freiheiten für alle Bürger dieses Landes wollten. Sie wollten den sozialen Rechtsstaat, der den Menschen in den Mittelpunkt allen Geschehens stellt. Sie wollten eine Gesellschaftsordnung, in der die Würde des Menschen höher steht als Geld und Macht.

So wird der 1. Mai 1974 zu einem Tag, an dem die deutschen Gewerkschaften deutlich und entschlossen der Öffentlichkeit demonstrieren müssen, daß sie eine soziale und politische Rückwärtsentwicklung unserer Bundesrepublik nicht hinnehmen werden. (-/24.4.1974/bgy/pr)

Ein Leben der Pflichterfüllung

Zum Tode des österreichischen Bundespräsidenten Franz Jonas

Mit dem österreichischen Volk betrauert auch besonders die deutsche Sozialdemokratie den Tod von Franz Jonas, des vierten Bundespräsidenten unseres südöstlichen Nachbarstaates. Sein Leben und Wirken galt exemplarischer Pflichterfüllung. Knapp vor Vollendung seines 75. Lebensjahres erlag Franz Jonas in den Tagen, in denen seine Partei 100 Jahre alt wurde, einem schweren Leiden, das ihn schon seit längerer Zeit die Pflichten seines Amtes nicht mehr ausüben ließ.

Nie hätte sich der Sohn eines Hilfsarbeiters in seiner nicht von Not freien Jugend träumen lassen, daß er einst berufen sein werde, an höchster Stelle die Geschicke seines Volkes und Staates zu leiten. Sein Aufstieg ist ein Spiegelbild der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie, die neben der deutschen Sozialdemokratie zu den ältesten sozialdemokratischen Parteien Europas zählt. Als gelernter Setzer wirkte er schon in frühen Jahren an hervorragender Stelle in der SPÖ und im sozialistischen Jugendverband. Auch die nach dem Februar-Aufstand gegen ihn erhobene Anklage wegen illegaler politischer Tätigkeit konnte seine Standfestigkeit nicht erschüttern. Die Zeit des Dritten Reiches verbrachte er als Arbeiter in einer Lokomotivfabrik.

Nach der Befreiung Österreichs stellte sich Franz Jonas mit ungebrochener Kraft seiner Partei wieder zur Verfügung. Vom Vertrauen seiner Freunde getragen übernahm er viele verantwortungsvolle Partei- und öffentliche Ämter. Die Zeit als Bürgermeister der Millionenstadt Wien von 1951 bis 1965 hat nachhaltige Spuren hinterlassen. Sein Vorbild war Karl Seitz, der durch seine Tätigkeit internationale Berühmtheit erlangte und dessen Kommunalpolitik viele Bewunderer fand. In den Zwischenkriegsjahren kamen sozialdemokratische Kommunalpolitiker aus ganz Europa nach Wien, um am Wiener Beispiel zu lernen und Anregungen zu schöpfen.

Das österreichische Volk wählte im Frühjahr 1967 mit Überzeugender Mehrheit Franz Jonas zu seinem Bundespräsidenten. Er besaß zwar nicht die Ausstrahlungskraft eines Karl Renner, Bundespräsident der ersten und der zweiten Bundesrepublik Österreich, auch fehlte ihm der Glanz eines Theodor Koerner, einst ruhmgekrönter General der K.-und-K.-Armee, doch dafür schätzten die Österreicher umso mehr seine Bescheidenheit und seine Auffassung von strenger Pflichterfüllung. Im ganzen Land floß ihm erfurchtsvolle Achtung zu, obwohl Jonas seinem Wesen entsprechend mehr auf Distanz hielt.

Das Geheimnis seiner Persönlichkeit lag in der ungebrochenen Treue zu den Idealen seiner Jugend über alle wirren Zeiten hinweg. Ihm war es ein Lebensziel, die österreichischen Arbeiter als gleichberechtigte Bürger in Staat und Gesellschaft zu integrieren. Dieses Ziel hat Franz Jonas erreicht. Wenn Österreich heute zu den stabilsten Staaten Europas zählt, so ist dies mit ein Hauptverdienst von Franz Jonas. Er gehört zu den großen Söhnen seines Landes, beispielgebend für die jetzige nachfolgende Generation.

Albert Exler
(-/24.4.1974/bgy/pr)

Information erleichtert die Integration

Hilfestellung für die ausländischen Arbeitnehmer

Von Dr. Horst Schmidt MdL
Hessischer Sozialminister

In den letzten Jahren ist viel über die Möglichkeiten, Chancen und Schwierigkeiten der Integration ausländischer Arbeitnehmer in die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland geschrieben und gesprochen worden. Logeßelt von allen noch vor uns liegenden schwierigen Aufgaben auf diesem Gebiet ist dabei immer deutlicher geworden, daß mangelnde Integration zu einem wesentlichen Teil auch auf mangelnder Information beruht. Nach wie vor wissen viele ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien nur unzureichend über die in unserem Land herrschenden Lebens- und Arbeitsbedingungen Bescheid. Diese Unkenntnis führt dazu, daß dieser Personenkreis häufig nicht in der Lage ist, seine ihm gesetzlich zustehenden Rechte und Leistungen in Anspruch zu nehmen. Sie macht diese Menschen zu Benachteiligten und manchmal auch zu Außenseitern in dieser Gesellschaft und erschwert damit die Integration.

Das Land Hessen hat es sich deshalb zum Ziel gesetzt, nicht nur zur Lösung der für die Integration der ausländischen Arbeitnehmer wichtigen sozialen und rechtlichen Probleme beizutragen, sondern darüber hinaus den Aufbau eines Netzes von Beratungs- und Informationsstellen zu fördern. Es hat deshalb 1974 seine finanziellen Zuschüsse für diese Arbeit um 40 vH. gegenüber dem Vorjahr erhöht. Damit soll einmal den rund 80 in Hessen bereits bestehenden Beratungs- und Betreuungsstellen der Verbände der freien Wohlfahrtspflege die Möglichkeit gegeben werden, ihre Aktivität zu verstärken. Besondere Bedeutung kommt jedoch der arbeits- und sozialrechtlichen Beratung durch den Deutschen Gewerkschaftsbund zu. In der zentralen Beratungsstelle in Frankfurt werden jährlich weit über 10.000 hilfeschende ausländische Arbeitnehmer vorstellig und ohne Rücksicht auf Gewerkschaftszugehörigkeit beraten. Diese Zahl offenbart, wie groß auch heute noch das Bedürfnis nach sachlichen Auskünften, nach Rat und Hilfe unter diesen Menschen ist. Die hessische Landesregierung hat diese erfolgreiche Beratungstätigkeit jetzt zum Anlaß genommen, die Errichtung von weiteren Beratungsstellen in fünf

anderen hessischen Städten finanziell zu fördern.

Einen maßgeblichen Beitrag zur Kenntnis der für die ausländischen Arbeitnehmer und ihre Familien wichtigen rechtlichen und sozialen Bestimmungen und Regelungen leistet auch die vom Land Hessen herausgegebene und in deutscher, griechischer, italienischer, spanischer, serbo-kroatischer und türkischer Sprache erschienene Schrift "Informationen für den ausländischen Arbeitnehmer". Die Broschüre soll vor allem die mit der Beratung und Betreuung dieses Personenkreises befaßten Institutionen, Behörden, Organisationen, Betriebe und Einzelpersonen in ihrer Arbeit unterstützen. Die zunächst auf Hessenbezogene Schrift ist jetzt auch in einer für das gesamte Bundesgebiet gültigen Fassung im Buchhandel erhältlich.

Integration durch mehr Information bedeutet auch, den ausländischen Arbeitnehmern das Erlernen der deutschen Sprache zu ermöglichen, und damit zu einem Abbau der oft sprachlich bedingten Mißverständnisse beizutragen. Auf Initiative und mit Unterstützung der hessischen Landesregierung bietet deshalb die Frankfurter Volkshochschule Sprachkurse für ausländische Arbeitnehmer an. Der Erfolg mit weit über 3.000 Teilnehmern pro Semester beweist die Richtigkeit dieses Experiments. Inzwischen werden auch in anderen hessischen Städten entsprechende Sprachkurse angeboten. Damit für diese Kurse auch genügend qualifizierte Lehrkräfte vorhanden sind, hat das Land Hessen Mittel zur Ausbildung dieser Sprachlehrer bereitgestellt.

Diese wenigen Beispiele zeigen, welche Rolle der Information zukommt, wenn es darum geht, die Voraussetzungen für eine bessere Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien zu verbessern. Die vorliegenden Erfahrungen beweisen, daß hier noch eine große Lücke zwischen Bedarf und Angebot klafft. Das Land Hessen wird deshalb den jetzt eingeschlagenen Weg weiter gehen und dieses Informations- und Beratungsangebot im Interesse dieser Menschen weiter ausbauen.

(~/24.4.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Praller